

Blaßstoff Zeitung

Organ des Soldatenrates

Erscheint täglich. — Bezugspreis: Abgeholt bei der Geschäftsstelle monatlich 1.50 Mark; durch die Post bezogen 4.95 Mark vierfährlich außer Bestellgeld.

Bestellungen nehmen sämtliche Reichs- und Feldpostämter entgegen. Feldabonnements 1.15 Mark einschl. Porto, von der Expedition — abgeholt 1 Mark. —

Schriftleitung: Alexanderstraße 8/10. Geschäftsstelle: Nikolaistraße 3.

Brockdorff-Ranckau über den Anschluß Deutsch-Ostreichs.

Eigener Drahtbericht.

Wien, 23. Januar.

Der Berliner Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ hatte eine Unterredung mit dem Staatssekretär des Auswärtigen, Grafen Brockdorff-Ranckau, in welcher sich dieser über den Anschluß Deutsch-Ostreichs äußerte. Er sagte u. a.: „Ich glaube nicht daran, daß die Nationalversammlung es als eine ihrer ersten Aufgaben betrachten wird, den Einigungsgedanken kräftig zu betonen. Von unseren Gegnern hat sich allein Frankreich unbedingt dagegen angesprochen. Andererseits machen sich innere Widerstände einzelner wirtschaftlicher Interessenten und gewisser politischer Kreise in Deutsch-Ostreich gegen den Anschluß bemerkbar. Alle Deutschen, sowohl in Deutschland wie auch in Österreich, sollten sich in diesen entscheidungsschweren Tagen darüber klar sein, was für die Zukunft auf dem Spielt steht um für die unvermeidlichen sozialistischen und parteipolitischen Kämpfe des Staates das große historische Ziel einer Wiedervereinigung nicht aus den Augen zu verlieren.“

Das preußische Staatsministerium gegen die Landestrennung.

Wolfsmeldung.

Berlin, 25. Januar.

In der letzten Sitzung des Zentralrates der deutschen sozialistischen Republik zeigte es sich, daß das preußische Staatsministerium einmütig gegen die Aufteilung Preußens ist.

Im Reichsamt des Innern begann heute eine unverbindliche Aussprache der Vertreter der deutschen Einzelpaaten über den Entwurf der künftigen Reichsverfassung, die ihr durch den Staatssekretär Preuß vorgelegt worden ist. Die Sitzung, in der die gesamte Reichsregierung, der Zentralrat und die Vertreter der Reichsstaaten teilnahmen, wurde von dem Volksbeauftragten Ebert geleitet. Die Verhandlungen besaßen sich zunächst mit dem ersten Teil des vorgelegten Entwurfs, mit der Frage der Umgrenzung und der Stellung der einzelnen Reichsstaaten innerhalb des Reichsganzen. Der Staatssekretär unterstrich in seinen einleitenden Aussführungen die dringende Notwendigkeit, das Reich als einheitlichen Körper zu festigen. Soweit die zur Zeit bestehenden Einzelpaaten solcher Lebensnotwendigkeit des Reichs entgegenstehen, müßten sie sich eine Umgestaltung gefallen lassen. Selbstverständlich könnte die Neubildung von staatlichen Zusammenhängen nur nach dem Wunsch der betreffenden Volksteile vorgenommen werden.

In der Diskussion sprach im Namen des preußischen Staates Minister Hirsch. Er bekannte sich zu der Ansicht, das Reichseinheitliche mehr als bisher auszubauen und erklärte, daß er der Schaffung eines deutschen Einheitsstaates, den der Entwurf des Staatssekretärs Preuß leider nicht anstrebe, sympathisch gegenüber stände. Der jetzige Vorschlag aber versuche, die Einheit des Reichs einseitig und als zu sehr auf Kosten Preußens zu erzielen. Als Vertreter von Anhalt wandte sich Minister Heine gegen den preußischen Vorschlag. Durch die Aufteilung Preußens werde ein Bankaspel in das deutsche Volk hineingeworfen.

Das preußische Staatsministerium erläßt eine Verordnung, wonach sämtliche bisherigen Gemeindevertretungen aufgelöst werden. Die Neuwohlen der Gemeindevertretungen müssen bis zum 2. März an einem Sonntag auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts aller Männer und Frauen nach dem Maßstabe der Verhältniswahl erfolgen. Am 2. März verlieren dann die bisherigen Gemeindevertretungen jede rechtmäßige Besugnis.

Litauisches Hilfegesuch an die Entente.

Eigener Drahtbericht.

Berlin, 24. Januar.

Der litauische Delegierte Gabris erklärte nach einem Havaßbericht aus Paris einem Vertreter des „Petit

Parisien“ in Paris, daß die Litauer die Hilfe der Entente verlangen, um sich der Bolschewiki zu erwehren. Zur Zeit befinden sich in der amerikanischen Armee 50 000 Litauer, die bereit seien, für die Befreiung des Landes gegen den Bolschewismus zu kämpfen.

Nur die Friedenskonferenz entscheidet.

Wolfsmeldung.

Paris, 24. Januar.

Umlich wird bekanntgegeben: Nach dem Zusammentritt des Obersten Kriegsrats hielten Präsident Wilson sowie die Premierminister und Minister des Äußeren von Frankreich, England und Italien zusammen mit den Vertretern der japanischen Regierung eine kurze Sitzung ab. Diese billigte die Veröffentlichung und funkentelegraphische Verbreitung der folgenden Erklärung: „Die Regierungen, die sich gegenwärtig auf der Konferenz zu dem Zweck vereinigt haben, einen dauerhaften Frieden zwischen den Nationen zu schaffen, werden sehr bewegt durch die ihnen aus verschiedenen Teilen Europas und des Orients zugehenden Nachrichten, wonach mehrmals Gewalt angewandt wurde, um von Gebieten Besitz zu ergreifen, über deren rechtmäßige Zuverkennung sich die Friedenskonferenz äußern soll. Die Regierungen sind der Ansicht, daß sie die Pflicht haben, eine feierliche Warnung ergehen zu lassen und zu erklären, daß jeder durch Gewalt erworben Besitz handen jenseitig, die zu solchen Mitteln greifen, den größten Schaden bringen wird.“

Diesenigen, die Gewalt anwenden, erwecken den Argwohn, daß sie an der Gerechtigkeit und Gültigkeit ihrer Ansprüche zweifeln und daß sie die Absicht haben, den Besitz an die Stelle des Rechtsbeweises zu setzen und ihre Souveränität eher auf die Gewaltanwendung als auf nationale Verwandtschaft zu begründen. Dies schadet allen Rechtsansprüchen, die sie späterhin geltend machen könnten und zeugt von ihrem Misstrauen gegenüber der Konferenz selbst. Dies kann nur zu den unheilvollsten Ergebnissen führen. Wenn sie die Gerechtigkeit wünschen, so müssen sie auf Anwendung von Gewalt verzichten und ihre Ansprüche in die Hände der Friedenskonferenz in irgendeiner Art und Weise übergeben, die keinen Zweifel über ihren guten Glauben läßt.“

Französische Konferenzfurcht.

Wolfsmeldung.

New York, 24. Januar.

Die sozialistische französische Presse gibt, wie ein drahtloses Telegramm des Hearstdienstes besagt, den betreffenden Beweis, daß England und Amerika einig geworden sind. Sie legt der Regierung und den Diplomaten Frankreichs ans Herz, auf der Friedenskonferenz einen verständlichen Ton anzuschlagen, da Frankreich sonst alles verlieren würde. England und die Vereinigten Staaten hätten die Entscheidung auf der Friedenskonferenz in den Händen. Italien wäre für Frankreich eine nur sehr zweifelhafte Unterstützung. Der Glaube gewinne an Boden, daß die Konferenz von einer längeren Dauer sein werde und daß der diplomatische Friedensvertrag in diesem Jahre überhaupt nicht unterzeichnet werde.

Die mißstimmten Neutralen.

Wolfsmeldung.

Christiania, 24. Januar.

Mit seltener Einmütigkeit verurteilt die hiesige Presse aller Parletrichtungen die Beschlüsse der Alliiertenkonferenz in Paris, welche die neutralen Staaten von Verhandlungen über die Liga der Nationen ausschließen. Das liberale Blatt „Werden's Gang“ schreibt u. a.: „Der Paris Korrespondent des Reuterbüros gibt in einem langen Telegramm die Mischtimming wieder, die unter den Neutralen wegen ihrer Ausschließung von den Verhandlungen über die Liga der Nationen herrscht.“

Berlin, 25. Januar. W. L. B.

Laut einer Pariser Havaßmeldung finden die Wahlen zur französischen Kammer im Juli oder Oktober statt.

Rücktritt General von Winterfeldts.

Wolfsmeldung.

Berlin, 26. Januar.

In der gestrigen Vollsitzung in Spaß kündete General von Winterfeldt an, daß er von seinem Posten als Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission zurücktrete. Den Anlaß gebe eine Mitteilung des Marschalls Foch, welche von General Nudant verlesen wurde. Foch erklärt darin kurz, daß der Abschnitt östlich von Straßburg aus Grund der Vereinbarungen bei der letzten Verlängerung des Waffenstillstandes binnen sechs Tagen vom 23. Januar, abends 6 Uhr, besezt werden wird.

General von Winterfeldt erklärte sofort, daß er bereits General Nudant in einer privaten Unterredung mitgeteilt habe, daß er mit der Belebung dieses Brüderkopfes ein derartiges Zeichen von Misstrauen gegen die Arbeit der Kommission sehen würde, daß er an dem Tage, wo ein derartiger Befehl gegeben werden würde, um Überweisung von seinem Posten bitten werde. Dieser Zeitpunkt sei nun eingetroffen. General Nudant bedauerte den Entschluß des deutschen Generals und Foch erkannte die vollendete Form der Beziehungen, die zwischen ihm und Winterfeldt geherrscht hätten, mit Freuden an.

Nach dem Bericht der Waffenstillstandskommission in Spaß überreichten die alliierten Kommissionen gestern die deutscherseits geforderte Mitteilung über ihre Stellungnahme zur Rückkehr der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. Die Vorsitzenden der alliierten Waffenstillstandskommissionen erklären darin übereinstimmend, daß nur die interalliierten Regierungen über den allgemeinen Rücktransport der deutschen Gefangenen zu entscheiden haben. Dagegen werde der Vorsitzende der französischen Waffenstillstandskommission aufs nachdrücklichste vorröhren, die deutschen Vermundeten und Kranken so schnell wie möglich heimzuschaffen.

Die deutsche Waffenstillstandskommission bemerkte, die Nichterledigung der Gefangenfrage sei unvereinbar mit dem Geiste des Waffenstillstandsabkommens. Es sei unerhört, daß bei einem solchen Dauerwaffenstillstand, während dessen kein Mensch an eine Fortsetzung des Krieges mehr denke, die deutschen Gefangenen auf unbestimmte Zeit in Gefangenschaft gehalten werden.

General Nudant erklärte, die Verlängerung des Waffenstillstandes sei notwendig geworden, weil Deutschland seinen Verpflichtungen nicht rechtzeitig nachkommen sei. Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaß, General von Winterfeldt, erklärte, er habe vom ersten Tage an darauf hingewiesen, daß die Deutschland auferlegten Bedingungen nicht voll erfüllt werden könnten, da sie unmögliches verlangten.

In einer lebhaften Auseinandersetzung mit General Nudant stellte die deutsche Kommission fest, daß Marschall Foch bereits am 15. Januar in Trier die Zahl der abgegebenen Lastkraftwagen mit 4442 angab und hinzufügte, von den noch fehlenden 558 seien bereits 548 zur Befüllung bei den alliierten Übergabekommissionen eingetroffen. Am 20. Januar sollen nur 4239 Wagen übernommen worden sein. Wenn die Abnahme der Lastkraftwagen sowohl als auch der Geschütze in etwas großzügiger Weise gehandhabt werden würde, so wäre die Ablieferung schon lange beendet.

In einer weiteren Auseinandersetzung über die Nichtbeantwortung einer Beschwerde erklärte General von Winterfeldt, er wende sich in dieser Form nicht etwa gegen einen einzelnen Fall, sondern gegen das ganze System. Marschall Foch selbst habe Journalisten in Trier gegenüber erklärt, die Nichtbeantwortung deutscher Noten geschehe absichtlich, und sinnlos. Eine solche Aussäufung halte die deutsche Kommission mit der Würde der Verhandlungen unvereinbar. Falls keine Änderung in dem System eintrete, werde seine Stellung als Vorsitzender nur noch von kurzer Dauer sein. Nudant versicherte dem deutschen Vorsitzenden und den übrigen Mitgliedern der deutschen Kommission seine höchste Achtung. General von Winterfeldt nimmt von dieser Erklärung Kenntnis und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Taten den Worten Nudants entsprechen mögen. Er möchte bei dieser Gelegenheit aber auch noch auf eine in einer Unterkommission überreichte französische Note aufmerksam machen, deren Ton ein derartiger ist, wie er höchstens

einem tributären Staat, nicht aber der Regierung einer Großmacht gegenüber eingängig ist. Er habe Anweisung gegeben, solche Noten künftig nicht mehr anzunehmen. Der französische Vorsitzende entgegnete, er finde in der Note nichts, was zu diesen Einwendungen berechtige. Es scheine ihm, daß der deutsche Vorsitzende sehr empfindlich geworden sei.

Keine Verhandlungen mit den Polen.

Wolffmeldung.

Berlin, 25. Januar.

Die Nachricht, daß Verhandlungen mit den Polen in Berlin stattfinden, bestätigt sich nicht.

Aus Bromberg wird amtlich gemeldet: Verbündete Ansammlungen in Mittendorf, Eichdorf und Brühldorf wurden mit Artillerie beschossen. Eigene Patrouillen brachten eine Anzahl Gefangene ein. Die polnischen Verbündeten internieren die friedlichen deutschen Bewohner von Schmiedeberg und Umgegend.

Aus Posen erfahren wir, daß auf Befehl des dortigen polnischen Arme-Ober-Kommandos der private Telegramm- und Fernsprechverkehr nach außerhalb des von den Polen besetzten Gebietes der Oberpostdirektion in Posen und Bromberg von gestern ab eingestellt werden. Von der Besörderung ausgeschlossen sind fernerhin Briefe von Privatpersonen von und nach dem von den polnischen Truppen nicht besetzten Gebiet. Zur Besörderung in privatem Verkehr zugelassen werden außer Karten Geschäftsbriefe, die offen aufgeliefert werden müssen.

Ausweisung russischer Bolschewisten aus Spanien.

Wolffmeldung.

Moskau, 24. Januar.

Der österreichische Botschafter ist abgereist. In der Kammer hat der Republikaner Garcia gegen die Ausweisung der Russen aus Spanien protestiert. Romanones antwortete, dies sei notwendig, um zu verhindern, daß Spanien der Zufluchtsort unerwünschter Elemente werde.

Die Streikgefahr in England.

Wolffmeldung.

Berlin, 25. Januar

Wie die Telegraphen-Union aus London meldet, erwarte man dort Lord George dringend zurück, damit er mit den Führern der Gewerkschaften in Sachen des Streiks Unterhandlungen führen kann. Laut "Star" beträgt die Zahl der in der Bergwerksindustrie und in den verschiedenen Betrieben Streikenden 750 000.

Vorbehaltlose Anerkennung der russischen Revolution durch die Entente.

Wolffmeldung.

Paris, 24. Januar.

In dem Vorschlag Wilsons über die russische Frage heißt es wörtlich: "Die Vertreter der assoziierten Mächte erkennen die Revolution ohne Vorbehalt an." "Petit Parisien" gibt folgenden Kommentar, der von einer ganz besonders hierzu ermächtigten Persönlichkeit herrührt: "Dadurch erkennt man alle Folgen der russischen Revolution, die den Parlasmus betreffen, an, aber ohne daß dies eine Billigung der Handlungsweise der Bolschewisten in sich schließt."

Die Ungesiedenheit der Pariser Presse über die Einladung an Rußland zu den Verhandlungen auf der Konferenz findet einen noch viel größeren Ausdruck als das Hovastelegramm erwarten ließ. Mit wenigen Ausnahmen äußert sie die größte Empörung und Unzufriedenheit. Der "Temps" sagt: "Es ist geradezu skandalös, daß man die bolschewistischen Vertreter in dieselbe Reihe stellt wie die ententefreudlichen Russen", und fragt, wo der Unterschied zwischen gut und böse bleibe. Ähnlich schreibt das "Echo de Paris". Zustimmend äußert sich neben einigen linksliberalen Blättern "L'Heure".

"Humanité" schreibt, daß die Anwesenheit Sasonows in Paris ein voller und ganzer Skandal sei und die Erinnerung an die traurige Epoche der Geheimverträge wache. Sasonow sei der Mann des Schieles nach Konstantinopel und der Bedrückung der Randvölker. Aus den von den Bolschewiki veröffentlichten Depeschen gehe hervor, daß Sasonow die Diskussion der polnischen Frage absolnt zurückgewiesen habe. Und so sehe der Mann aus, der, wie man glaubte, Polen wohlgesinnt sei. Seine Erklärungen zeigten, daß er nichts vergessen und nichts hinzugelernt habe.

Die Konferenz mit den Bolschewiki wird nach einem Pariser Telegramm des "Daily Telegraph", das der "Lokal-Anzeiger" wiedergibt, voraussichtlich nicht eröffnet werden, bevor sie ihre Truppen aus dem in der Einladung bezeichneten Gebiet zurückgezogen haben. Erst dann werde man an die Zuverlässigkeit Lenins und Trockis glauben. Von verschiedenen Seiten werden Bedenken dagegen geäußert, daß wichtige Beschlüsse betreffend Rußland von einem Behnmannerrat und nicht von einer Plenarversammlung der Konferenz gesetzt würden.

Die monarchistische Bewegung in Portugal.

Wolffmeldung.

London, 24. Januar.

Wie Reuter aus Lissabon meldet, sind die Forts und die besetzten Lager der Regierung treu geblieben.

In Lissabon haben sich die Kavallerie, ein Teil der Infanterie, 20 Geschütze und viele Zivilisten der Monarchie angeschlossen. Die Revolutionäre zogen sich gegen Queluz zurück. Die auf den Hügeln von Monsantos versammelten Truppen haben die monarchistische Flagge entfaltet. Eine Lissaboner Batterie beschuß die Truppen. Matrosen erreichten im unteren Teil Lissabons Barricaden, weil sie das Vorrücken der Kavallerie von Monsanto erwarten.

Revolutionssymbole in Serbien.

Wolffmeldung.

Belgrad, 25. Januar.

Wie verlautet, wird Kronprinz Alexander die Pariser Rette nicht antreten wegen der Befürchtung einer politischen Säuerung. Die Abwesenheit des Kronprinzen gebe den auf Umsturz Gedachten eine günstige Gelegenheit, die Republik auszurufen. Auf dem ganzen Balkan sind russische Agenten tätig, um für bolschewistische Ideen Anhänger zu gewinnen. In Bulgarien hat sich der sozialistische revolutionäre Bauernführer und Vertreter der extrem sozialistischen Bauern, Stambulski, an die Spize der Bewegung gestellt. Nach Serbien brachten die aus der Schweiz zurückgekehrten Politiker den revolutionären Gedanken. Das Ziel ist der Sturz der regierenden Dynastien und die Vereinigung aller Balkanstaaten zu einer föderativen Republik.

Die polnisch-ukrainischen Verhandlungen gescheitert.

Wolffmeldung.

Wien, 25. Januar.

Der ukrainische Pressedienst meldet: In Beginn der vorigen Woche fanden im Kampfraum von Lemberg polnisch-ukrainische Verhandlungen statt über einen Waffenstillstand bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz. Der polnische Generalstab verlangte die Rückung Ostgaliziens bis zur Buglinie, welche als vorläufige Demarkationslinie gelten soll. Von ukrainischer Seite wurde das polnische Verlangen als unerschöpfbar bezeichnet, so daß die Verhandlungen ergebnislos blieben.

Elsaß-lothringische Einladung zu einem Bund der Unterdrückten.

Wolffmeldung.

München, 25. Januar.

Die Elsaß-lothringische Autonomistenpartei lädt sämtliche nach Autonomie und Unabhängigkeit strebenden Völker, wie Iränder, Finnen, Litauer, Polen, Tschechen und Jugoslawen, Ukrainer, Perser, Inder usw. ein, sich dem von ihr angeregten Völkerbund der unterdrückten Stämme anzuschließen. In einem demnächst einzuberuhenden Kongress soll Stellung zur Wahrnehmung der Interessen auf dem Weltfriedenkongress genommen werden.

Gazeta Białostocka

Wychodzi codziennie. — Abonament wynosi: przy odbiorze w ekspedycji 1,50 mk. miesięcznie; na poczcie 4,05 mk. kwartalnie, wyłącznie opłaty za dostawienie. Zamówienia przyjmują wszystkie poczty państowe.

Redaktor naczelny: G. Lutz.

Redakcja: Aleksandrowska 8/10.

Ekspedycja: Mikołajewska 3.

Drukarnia i nakładem „Gazety Białostockiej”.

Ceny ogłoszeń: wiersz sześciolamowy, pełtowy 25 fen. Ogłoszenia mieszkalne i poszukiwania posad 15 fen. Przy powtarzeniach i większych zamówieniach obniża się ceny. Przyjmowanie ogłoszeń z zastrzeżeniem cenzurinem w ekspedycji przy Mikołajewskiej 3 i we wszystkich eksped. anonimowych.

Tylko konferencja pokojowa decyduje.

Doniesienie Biura Wolffa.

Paryż, 24. stycznia.

Urzędownie donoszą: Po zebraniu się głównej rady wojennej odbył prezydent Wilson jak też prezesi ministrowi i ministrowie spraw zagranicznych Francji, Anglii i Włoch wraz z przedstawicielami rządu japońskiego krótkotrwale posiedzenie. Na nim zgodzono się na opublikowanie i rozesłanie za pomocą telegrafofów iskrowego następujące wyjaśnienie:

„Rządy które zebrły się obecnie na konferencji w celu stworzenia między narodami trwałego pokoju niepokojone są wskutek otrzymanych z rozmaitych stron Europy jak też ze wschodu wiadomości, wedle których stosowano niejednokrotnie gwałty, aby zawładnąć jaką częścią kraju o której prawnem przyznaniu postanowić ma konferencja pokojowa. Rządy są zdania, że obowiązkiem ich jest wydanie uroczystego ostrzeżenia i oświadczenia, iż każda posiadłość zdobyta gwałtem, przyniesie tym co sięga do takich środków tylko jaknajwiększą szkodę.

Ci, co stosują gwałt, budzą podejrzenie, iż wątpią w sprawiedliwość i ważność swych żądań, jak też, że zamierzają przedstawić posiadłość w zamian za dowód prawnych, że uzasadniają swą władzę bardziej na stosowaniu gwałtu niż na pokrewieństwie narodowem. Wyrządza to szkodę wszystkim wymaganiom prawnym, które mogliby później wykazać jako powody i świadczyć, że nie mają zaufania do konferencji. Doprawać to może jedynie do opłakanych skutków. Jeśli chcą sprawiedliwości, to muszą zrezygnować za stosowanie gwałtu, a żądania swoje złożyć w ręce konferencji pokojowej w jakikolwiek bądź sposób, który nie dopuściły do żadnej wątpliwości w ich dobrą wiarę”.

Przewlekanie zawarcia pokoju.

Doniesienie Biura Wolffa.

Nowy-Jork, 24. stycznia.

Francuska prasa socjalistyczna, daje, jak donosi telegram bez drutu służby Haarasta, dokładny dowód, że Anglia i Ameryka porozumiły się. Poleca ona serdecznie rządowi i dyplomatowi Francji, by podczas konferencji pokojowej dążyli do przebaczenia, ponieważ w przeciwnym razie Francja wszysko straci. Anglia i Stany Zjednoczone mają w swych rękach na konferencji pokojowej moc decydowania. Włochy byłyby dla Francji tylko wątpliwa pomoc. Co raz bardziej umacnia się wiara, że konferencja trwać będzie długo i że dyplomatyczna ugoda pokojowa w ogóle w tym roku jeszcze nie będzie podpisana.

Rosja i koalicja.

Doniesienie Biura Wolffa.

Paryż, 24. stycznia.

W propozycji Wilsona o kwestii rosyjskiej stoi dosłownie: „Przedstawiciele połączonych państw uznały rewolucję w zupełności”. „Petit Parisien” dodaje następujący komentarz, pochodzący o specjalnie w tym względzie upoważnionej osobistości: „Temsamem uznaje się wszystkie skutki rewolucji rosyjskiej, które tyczą się caryzmu, lecz nie dowodzi to, że pochwala się sposobem postępowania bolszewików.”

„Humanite” pisze, że obecność Sazonowa w Paryżu jest wielkim i zupełnym skandalem i wspomnieniem smutnej epoki tajnych układów. Sazonow jest owym człowiekiem zyzującym ku Konstantynopolowi i uciekającym narodowi ościenne. Z opublikowanych przez bolszewików depesz wynika, że Sazonow odrzucił w zupełności dyskusje w sprawie Polski. Tak wygląda człowiek, który zdawało się sprzyjać polakom. Wyjaśnienia jego świadczą, że nie zapomniał i nic się nie odzucił.

Konferencja z bolszewikami rozpoczęła się prawdopodobnie wedle telegramu z Paryża do „Daily Telegraph”, powtórnego przez „Lokalanzeiger”, zanim wyciągnięte będą wojska z okolic które wyznaczono. Dopiero na ówczes uwierzył w wierność Lenina i Trockiego. Z rozmaitych stron wyrażane są obawy, że ważne postanowienia tyczące się Rosji po-

więcie zostaną przez radę dziesięciu, a nie przez plenarne posiedzenie konferencji.

Niezadowolenia prasy Paryskiej z powodu zaproszenia Rosji na obrady podczas konferencji wyraża się jeszcze wyraźniej niż oczekiwano po depeszach Havasa. Z małymi wyjątkami wyraża się wielkie oburzenie i niezadowolenie.

„Temps” powiada: „Skandaliczne jest wprost, że stawia się przedstawicieli bolszewików w tym samym szeregu, jak sprzyjających koalicji rosyjskiej”, i zapytuje, gdzie jest właściwie granica między ziemią a dobrem. Podobnie pisze „Echo de Paris”. Zgadza się jedynie oprócz kilku liberalnych lewicowych pism „L'Haure”.

Wezwanie na kongres uciemierzonych.

Doniesienie Biura Wolffa.

Monachium, 25. stycznia.

Alzacko-lotaryńska partia autonomiczna zaprasza wszystkie dające do autonomii i niezależności narodu, jak irlandczyków, finów, litwinów, polaków, czesków i jugosłowian, ukraińców, persów, hindusów i t. p. aby przyłączyli się do zainicjowanego przez nich związku narodów uciemierzonych plemion. Na kongresie tem, który niezadługo zostanie zwołany dążąc się ma do bronienia interesów na wszechświatowym kongresie pokojowym.

Rewolucja w Portugalii.

Doniesienie Biura Wolffa.

Londyn, 24. stycznia.

Reuter donosi z Lissabony, że forty i umocnione obozy pozostały wiernie rządowi. W Lissabonie kawaleria, część piechoty, 20 dział i wielu cywilnych przyłączyło się do monarchii. Rewolucjonisi cofnęli się w stronę Quellur. Zebrane na wzgórzach Monsanto wojska wywiesiły chorągiew królewską. Bateria z Lissabony ostrzeliwała te wojska. Marynarze urządzili w dolnej dzielnicy Lissabony barykady, ponieważ oczekiwane jest najście kawalerii w Monsanto.

Niezadowolenie neutralnych.

Doniesienie Biura Wolffa.

Christiania, 24. stycznia.

Prasa tutejsza wszelkich kierunków partyjnych pojęła jednogłośnie postanowienia konferencji aliantów w Paryżu, która wyklucza państwa neutralne z obrad nad związkiem narodów. Liberalna gazeta „Wedens Gang” piszą między innymi: „Paryski korespondent biura Reutera wyraża w długim telegramie niezadowolenie panujące pomiędzy neutralnymi z powodu usunięcia ich od obrad nad ligą narodów. Mówi on tam, że takie kraje jak Norwegia i Szwecja są tak samo antyniemieckimi jak sami alianci.”

Wysiedlanie bolszewików rosyjskich w Hiszpanii.

Doniesienie Biura Wolffa.

Madryt, 24. stycznia.

Posel austriacki wyjechał. W gabinecie republikanin Garcia zaprotestował przeciwko wysiedlaniu rosyjan z Hiszpanii. Romanones odparł, że jest to konieczne dla zapobieżenia, aby Hiszpania nie stała się miejscem ucieczki niepożądanych elementów.

Paryż, 23. stycznia.

Ministerstwo wojny wydało, jak donosi Hawas, rozkaz zdemobilizowania roczników 1898 do 1906.

Berlin, 23. stycznia.

Wskutek coraz większego braku węgla zaprowadzone być mają znaczne oszczędności w dostarczaniu gazu i ograniczenia w ruchu. Godzina policyjna oznacona ma być na 10 wieczorem.

Düsseldorf, 22. stycznia.

Liczba ofiar ostatnich rozruchów wynosi 13 zabitych i 25 rannych. Nieograniczonym władcą Düsseldorfu jest wydział wykonawczy rady robottniczej, zbiegający się w ratuszu, a złożony z niezależnych i spartaków. Zaprowadzony w Düsseldorfe sądy wojskowe.

Rewolucja w Serbii.

Doniesienie Biura Wolffa.

Belgrad, 25. stycznia.

Podobno następca tronu Aleksander nie uda się jak zamierzał do Paryża z powodu obaw politycznych rozruchów. Nieobecność następcy tronu dalały osobom dającym do wykonania przewrotu, dobrą sposobność głoszenia republiki. Na całym Bałkanie czynni są agenci rosyjscy, dla wzyskania dla idei bolszewickiej stronników. W Bułgarii stanął na czele ruchu socjalistycznego rewolucyjny kierownik chłopów i przedstawiciel krańcowych socjalistycznych chłopów Stambolski. Do Serbii przywieźli myśl rewolucji politycy, którzy przyjechali ze Szwajcarii. Celem jest zwalenie panującej dynastii i połączenie państw Bałkańskich w jedną republikę.

Komunikacja w zajętych przez polaków okolicach.

Doniesienie Biura Wolffa.

Poznań, 25. stycznia.

Na rozkaz tutejszej głównej komendy wojsk od dziś przerwana została prywatna komunikacja telegraficzna i telefoniczna poza granice zajętych przez polaków okolic głównej dyrekcyi poczt w Poznaniu i Budgoszcz. Nie będą też wysłane listy osób prywatnych z i do nie zajętych przez polaków okolic. Wolno za to wysyłać karty pocztowe w sprawach handlowych jak też listy otwarte.

Układy między polakami i Ukrainą nie doszły do skutku.

Doniesienie Biura Wolffa.

Wiedeń, 25. stycznia.

Ukraińska biuro prasy donosi: Na początku ubiegłego tygodnia odbyły się w obrębie terenu walk koło Lwowa układy między polakami a ukraińcami o zawieszenie broni aż do decyzji konferencji pokojowej. Polski sztab główny żądał usunięcia się ukraińców z Galicji wschodniej aż do linii Buga, która służyć ma jako chwilowa linia demarkacyjna. Ukraińcy uznali, że żądania polaków niemożliwe są do spełnienia, tak iż układy rozbili się.

Grozba bezrobocia w Anglii.

Doniesienie Biura Wolffa.

Berlin, 25. stycznia.

Telegraphen Union z Londynu donosi, że oczekuje się tam z niecierpliwością powrotu Lloyd George'a, aby pertraktował z kierownikami związków zawodowych w sprawach strajku. Wedle „Star” liczba strajkujących w przemyśle górniczym, jak też w innych gałęziach pracy wynosi aż 75.000 robotników.

Telegram litwinów do koalicji.

Doniesienie Biura Wolffa.

Berlin, 24. stycznia.

Delegat litewski Gabris, oświadczył wedle doniesienia Havasa z Paryża, przedstawicielowi „Petit Parisien” w Paryżu, że litwini żądają pomocy koalicji aby bronić się od bolszewików. Obecnie znajduje się w armii amerykańskiej 50.000 litwinów, gotowych w każdej chwili walczyć za uwolnienie kraju przeciwko bolszewikom.

Berlin, 24. stycznia.

Były prezydent policji Berlińskiej, którego polecono aresztować, przebywać ma wedle doniesień niektórych pism w Brunszwiku, inne zaś donoszą, że wyjechał do Szwecji.

Bern, 23. stycznia.

Z Metzu donoszą, że zakłady stalowe Thysoenera w Haberdingen w Loteryngii otrzymały przymusowy zarząd francuski, pozostać mają jednak czynni, aby nie pozbawić licznych robotników chleba.

Bern, 23. stycznia.

Międzynarodowy komitet czerwonego krzyża komunikuje, że jeńcy rosyjscy w Niemczech nie powrócą wcześniej aż usunięte zostanie niebezpieczeństwo dostań się w Rosji w ręce agitatorów bolszewickich, lub śmierci głodowej.

